

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsprechers
für Inneres und Sport**

Ulrich Watermann, MdL

zu TOP Nr. 12

Erste Beratung

**Keine Beteiligung niedersächsischer Unternehmen
an Waffenexporten in Krisen- und Konfliktregionen:
So leistet Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur
Fluchtursachenbekämpfung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/344

während der Plenarsitzung vom 27.02.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, alle Redner haben ganz deutlich gemacht, dass Waffenlieferungen in Kriegsgebiete wirklich verabscheuungswürdig sind, dass wir überhaupt Kriege haben, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen und dass es natürlich völlig undenkbar ist, dass solche Lieferungen aus Deutschland stattfinden. Jede kriegerische Auseinandersetzung und jede Situation, bei der es um Gewalt geht und bei der Waffen eingesetzt werden, ist eine zu viel.

Sinnvoll wäre es, dieses Thema in Form einer Resolution zu bearbeiten. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich finde, das ist ein wichtiges politisches Thema. Aber unsere Spielräume sind dabei relativ gering. Ich habe auch ein bisschen das Gefühl, dass wir, wenn man jetzt Rheinmetall auffordert, dem Landtag genau mitzuteilen, wohin das Unternehmen was geliefert hat, mit dieser Information gar nichts anfangen können, weil wir überhaupt nichts bewegen können. Deshalb halte ich es für einen guten Vorschlag, noch einmal darüber nachzudenken, Ihren Antrag noch ein bisschen zu verändern, um damit eine Resolution hinzubekommen, mit der man eine Forderung an die Bundesebene sendet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich finde auch, dass die Worte, die hier gefallen sind, nicht ganz in den Kontext der deutschen Politik in der Vergangenheit gehören. Es hat große Diplomaten wie Genscher und viele andere gegeben. Sie haben ihre Politik nicht dadurch umgesetzt - auch nicht die Friedenspolitik von Willy Brandt -, indem sie immer nur eine einzige Strategie gewählt haben, sondern es war immer eine Mischung aus Diplomatie und den richtigen Mitteln, um Frieden zu schaffen und um Leute aus der Gefangenschaft zu holen. Es war nie immer nur ein einziger Weg. Die Diskussion hier ist mir ein wenig zu sehr wortlastig und zu radikal. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Ich bin fest davon überzeugt, dass man keine Gegengeschäfte machen kann. Aber allein Härte zu zeigen, hat auch noch nie etwas gebracht.

Wenn man so über die Türkei redet, dann müssten wir über die Amerikaner damals im Irak reden. Auch dazu haben wir harte Worte gefunden, wir haben aber nie das Bündnis infrage gestellt. Deshalb wäre ich mit solchen Positionierungen ganz vorsichtig und würde sehr dafür plädieren, dass wir uns auch untereinander nicht Dinge unterstellen, die niemand will. Vielmehr sucht jeder nach einem Weg, die Welt friedlicher zu machen. Vor unseren Augen finden Kriege und Terror statt - auch mit Waffen von deutschen Firmen. Aber diese deutschen Firmen sind nicht unser Adressat. Unser Ziel muss eine andere Politik und eine europäische Friedenspolitik umfassen.

Ich glaube, wir müssen wieder in Richtung einer echten Abrüstungspolitik für diese Welt aufbrechen. Das kann der Niedersächsische Landtag nur insoweit bewegen, als er diese Forderung an die Bundesregierung und an die Europäische Union stellen kann. Ich kann gut hinter diesem Vorgehen stehen.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer Situation, in der unsere Diskussion über sichere europäische Außengrenzen nur erfolgen kann, wenn wir dies als gemeinsame europäische Aufgabe betreiben. Wenn ich mich in Europa nach Polen, nach Ungarn und nach vielen anderen Ländern umschaue, sehe ich: Wir haben mit solchen Staaten viele Dialoge und Gespräche zu führen sowie Diplomatie zum Einsatz zu bringen, um eine gute Friedenspolitik zu machen.

Lassen Sie uns diesen Antrag in etwas ummünzen, das in den Niedersächsischen Landtag gehört, nämlich eine Aufforderung für eine europäische Friedenspolitik, für eine klare Positionierung, keine deutschen und europäischen Waffen in Kriegsgebiete zu exportieren und am besten die Waffenproduktion zu reduzieren!

Dass man in Amerika nach einem solchen Anschlag noch darüber redet, Lehrer mit Waffen auszustatten, ist abenteuerlich, meine Damen und Herren. Wir müssen einen anderen Slang in die Diskussion bringen, aber wir sollten unsere Sprache nicht hochrücken. Frieden findet auch statt, wenn ich anderen nicht unterstelle, schlechte Geschäfte gemacht zu haben. Jeder, der aus Gefangenschaft befreit wird - auch aus türkischen Gefängnissen, aber früher auch aus Gefängnissen im Osten -, stellt einen richtigen Schritt dar. Vielleicht kehren

wir wieder zur Gemeinsamkeit in dieser Politik zurück, indem wir ganz deutlich machen, dass wir die Friedenspolitik und das Abrüsten als eine allgemeine deutsche und europäische Aufgabe sehen.

Vielen Dank.